



Niederschrift

62. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.01.2007
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:00 Uhr
Ort, Raum:	Stadtverwaltung Potsdam, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE. PDS	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE. PDS	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE. PDS	bis 17:55 Uhr
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	bis 18:45 Uhr
Herr Bretz, Steeven	CDU	ab 17:10 Uhr
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzl, Horst	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Buchholz, Dirk	BürgerBündnis/FDP	
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Frau Grimm, Ute	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Vertreter der Initiative „Freies Tor“
Herr Schultheiß, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU Potsdam
Herr Müller, Schaustellerverband
Herr Reiter und Herr Kanin, OBR Neu Fahrland
Frau Remann, Werkleiterin, KIS
Herr Wendl, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Dr. Pokorny, SB Verwaltungsmanagement
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 13.12.2006
- 2 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung
Vorlage: 06/SVV/0497
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 3 Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0652
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 City - Beirat
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD
- 5 Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt
Vorlage: 06/SVV/0688
Fraktion BürgerBündnis/FDP
- 6 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH
Vorlage: 06/SVV/0923
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 7 Widerspruch gegen Betriebskosten
Vorlage: 06/SVV/0893
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 8 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 9 Bürgerbeteiligung bei Großprojekten
Vorlage: 06/SVV/0988
Fraktion Die Andere
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Städtepartnerschaftsbericht 2006
Vorlage: 06/SVV/1042
Oberbürgermeister
- 10.2 Zuwegung zum Lehnitzsee
aus HA 13.12.2006 - TOP 10.1

- 10.3 Information zur Baumschutzverordnung
aus HA 13.12.2006
- 10.4 Mängelbeseitigung Theater
aus HA 08.11.2006
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 13.12.2006

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 15 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Zur Tagesordnung schlagen der Oberbürgermeister und Herr Schubert vor, die Punkte 3, 4 und 5 gemeinsam zu behandeln, die Berichte der Gäste entgegenzunehmen und die Vorlagen dann bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen, da es noch weiteren Beratungsbedarf in den Fraktionen gebe.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird mit dieser Änderung bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 61. Sitzung vom 13.12.2006 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 14 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, bestätigt.

zu 2 Einführung eines modularen Gesamtsystems für Dokumentenmanagement und Vorgangsbearbeitung in der Potsdamer Stadtverwaltung

Vorlage: 06/SVV/0497

Fraktion BürgerBündnis/FDP

Herr Dr. Pokorny informiert anhand visueller Darstellungen (dem Protokoll als Anlage beigelegt) und eines schriftlich ausgereichten Materials, den Handlungsrahmen zur verwaltungsweiten Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) in der Landeshauptstadt Potsdam. Er geht dabei u.a. auf die Zielstellung und Vorteile des DMS, die Einführungsstrategie und die Grundsätze der Projektplanung, -durchführung und -verantwortung ein. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters wird die Vorlage unter Berücksichtigung der vorliegenden Informationen in den Fraktionen nochmals beraten und in die Tagesordnung des Hauptausschusses vom 24. Januar 2007 wieder aufgenommen. Seitens der Antragsteller erhebt sich dagegen kein Widerspruch.

Nutzungskonzept für die Potsdamer Innenstadt**Vorlage: 06/SVV/0652**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Entsprechend der Festlegung der Tagesordnung werden die Tagesordnungspunkte 3, 4 und 5 zusammen behandelt. Der Oberbürgermeister schlägt vor, Frau Chowlik-Lanfermann für Initiative „Freies Tor“, Herrn Schultheiß, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU Potsdam und Herrn Wendl aus dem Bereich Wirtschaftsförderung der Stadtverwaltung das Wort zu erteilen, dazu keine Aussprache zu führen und die Drucksachen in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses wieder aufzurufen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

Anschließend übergibt Herr Müller namens des Schaustellerverbandes eine Unterschriftensammlung an den Oberbürgermeister. Herr Müller verweist darauf, dass die Problematik, den Weihnachtsmarkt nicht in der Innenstadt anzusiedeln, auch in anderen Städten diskutiert und ausprobiert wurde. Davon haben diese Städte sehr schnell wieder Abstand genommen und den Weihnachtsmarkt erneut in der Innenstadt angesiedelt. Darüber hinaus hätten ortsansässige Schausteller Investitionen in dreistelliger Höhe getätigt, die sich nur bei entsprechenden Besucherzahlen eines Weihnachtsmarktes rechnen würden.

Frau Chowlik-Lanfermann äußert sich zu den drei vorliegenden Anträgen der Fraktionen Grüne/B 90, SPD und BürgerBündnis/FDP und betont, dass die Initiative „Freies Tor“ weder den Weihnachtsmarkt noch andere Veranstaltungen aus der Innenstadt „verbannen“ wolle. Allerdings müsse ein Interessenausgleich herbeigeführt werden zwischen den Veranstaltungen und den ortsansässigen Händlern und den Bewohnern, z.B. beim Lärmschutz. Die Initiative meine, auch wenn die Veranstaltungen in private Hand gelegt werden, dürfe sich die Stadt nicht aus der Verantwortung entlassen und deshalb solle es eine Koordinierungsstelle bei der Stadt geben. Deren Aufgabe solle es insbesondere sein, baldmöglichst auf einem offenen Forum die Rahmenkriterien für Großveranstaltungen und Grundzüge für ein Nutzungskonzept zu entwickeln. Bezüglich des beantragten City-Beirates spreche sich die Initiative dagegen aus, weil dieser zu starr und zu bürokratisch sei. Der im Antrag der SPD benannte Beirat in der Stadt Duisburg existiere nicht, sondern dort sei ein Beirat beim Verein City-Management als ein heterogen zusammengesetztes Gremium aktiv.

Bezüglich der Auswertung des Weihnachtsmarktes hab man das Votum bereits an die Fraktionen weitergeleitet und plädiere für eine umfassende Auswertung dessen. Die Initiative meine, dass es Verbesserungen gegeben habe, aber auch weitere Potenziale vorhanden seien, an deren Umsetzung die Initiative auch mitwirken wolle – sie sei weiterhin diskussions- und unterstützungsbereit.

Herr Schultheiß, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU Potsdam, informiert anschließend über eine Befragung der Besucher des Weihnachtsmarktes und deren Ergebnisse. So wurden ca. 500 Besucher befragt, wovon die Mehrzahl „Nicht-Potsdamer“ gewesen seien. Die Befragung wurde vom 29. November bis 22. Dezember jeweils an den Wochentagen und nicht am Wochenende durchgeführt. Gefragt wurde u.a. nach der Atmosphäre des Weihnachtsmarktes, der Bewertung der Anzahl der Verkaufsstände/Hütten, dem Kaufverhalten, dem Standort und Verbesserungsvorschlägen. Die Ergebnisse der Befragung liegen den Fraktionen vor.

Herr Wendl betont in seinen Ausführungen, dass seitens der Verwaltung die Innenstädte von Potsdam und Babelsberg als ganz wichtige Wirtschaftsstandorte betrachtet werden und über weitere Marketingmaßnahmen zur Umsatzsteigerung nachgedacht werde - dabei seien die Weihnachtsmärkte nicht unbedeutend. Allerdings könne er gegenwärtig den Bedarf an zusätzlichen Regelwerken oder Beratungsgremien nicht erkennen.

Der Oberbürgermeister schlägt abschließend vor, die Voten, die von der Initiative „Freies Tor“ und von der Mittelstandsvereinigung der CDU Potsdam schriftlich vorliegen, bei der Meinungsbildung in den Fraktionen zu berücksichtigen. Das Votum der Wirtschaftsförderung sollte dem Protokoll als Anlage beigelegt und ebenfalls mit einbezogen werden. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses sollten diese Themen abschließend behandelt werden.
Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4 **City - Beirat**
Vorlage: 06/SVV/0656
Fraktion SPD

siehe Punkt 3

zu 5 **Großveranstaltungen in der Potsdamer Innenstadt**
Vorlage: 06/SVV/0688
Fraktion BürgerBündnis/FDP

siehe Punkt 3

zu 6 **Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH**
Vorlage: 06/SVV/0923
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Die Vorlage wird von Herrn Exner eingebracht. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen den Antrag aus, denn er sehe keine Veranlassung, den Gesellschaftsvertrag wegen dieser Festlegung zu ändern. Die Gemeindeordnung sei nicht abschließend überarbeitet und so könnten weitere Änderungen eine erneute Überarbeitung des Gesellschaftsvertrages erfordern. Er schläge vor, das „mit einem Mal“ zu machen, denn die bisherige Regelung habe funktioniert und jede Änderung des Gesellschaftsvertrages verursache auch Kosten. Herr Mühlberg verweist darauf, dass es Wille der StVV war, die Gesellschaftsverträge zu vereinheitlichen und so sei es nur konsequent, bei Ablauf der Wahlperiode des Aufsichtsrates der Stadtwerke Potsdam GmbH dies hier zu tun.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (§ 9 Abs. 1 und § 10 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	10
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

zu 7 Widerspruch gegen Betriebskosten
Vorlage: 06/SVV/0893
Fraktion DIE LINKE. PDS

Herr Exner führt zu diesem Antrag aus, dass der Ansprechpartner nicht die Stadtwerke, sondern die EWP sei. Bei der Entscheidung über diesen Antrag sei zu bedenken, dass die EWP ein ertragsorientiertes Unternehmen mit bestimmten Kostenstrukturen sei. Derzeit gebe es bereits Gespräche zwischen EWP/Stadtwerke und Pro Potsdam, die aber über einen bestimmten Rahmen nicht erweitert werden können. Herr Schüler fragt die Antragsteller, ob die Kosten dann auf die Mieter verteilt werden sollen, die nicht zu einem so großen Wohnungsunternehmen gehöre. Das wäre aus seiner Sicht unangebracht. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass das ein Problem sei, was es zu berücksichtigen gelte. Es handele sich hier um eine „simple Form der Rabattierung“, die aber nicht zu Lasten anderer Mieter gehen dürfe. Da es bereits Gespräche in diese Richtung gebe, könne über den Antrag aus seiner Sicht abgestimmt werden und die Gesprächsform damit bekräftigt werden.

Herr Schubert plädiert dafür, den Antrag zurückzustellen und anhand konkreter Beispiele oder Varianten zu diskutieren. Dazu sollten Vertreter der genannten Unternehmen eingeladen werden. Der Oberbürgermeister empfiehlt, einen Bericht über den Stand der Gespräche in die Beschlussfassung einfließen zu lassen. Frau Dr. Müller bittet, auch die Ergebnisse der AG Wohnkosten dabei zu berücksichtigen.

Der Antrag wird bis Februar 2007 zurückgestellt.

zu 8 Public Corporate Governance Kodex (DS 06/SVV/0650)
Vorlage: 06/SVV/0894
Fraktion DIE LINKE. PDS

Der Oberbürgermeister schlägt zum weiteren Verfahren vor, diesen Antrag in die abschließende Diskussion der DS 06/SVV/0650 - Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Potsdam – einfließen zu lassen, wenn die Gesprächsergebnisse vorliegen.

Herr Dr. Scharfenberg stimmt der Einbeziehung in die Diskussion der o.g. DS zu, dies sollte jedoch schon in den Aufsichtsräten in geeigneter Form mit beraten werden. Gegen eine Wiedervorlage des Antrages im Juni 2007 erhebt sich kein Widerspruch.

zu 9 Bürgerbeteiligung bei Großprojekten
Vorlage: 06/SVV/0988
Fraktion Die Andere

Frau Grimm bringt die Vorlage ein. Anschließend bittet Herr Schubert, den Termin Januar 2007 in einen Termin vor der Sommerpause zu ändern. In der weiteren Diskussion sollten die im Vorfeld geäußerten Bedenken mit einfließen. Herr Schüler meint, der Antrag sei problematisch, weil das, worüber sich die StVV nicht einig werde, an die Bürger weitergegeben werden solle und die dann erzielten Ergebnisse unterschiedlich interpretiert werden. Das halte er für einen „Irrweg“ und sei in seiner Auffassung durch die letzte Bürgerbefragung noch bestärkt. Die Bürgerbeteiligung sei durch das Plebiszit gegeben und die StVV könne nicht wahlweise Entscheidungen „wegdelegieren“. Frau Dr. Schröter empfiehlt, bis zur Wiedervorlage eine Definition für „Großprojekte“ zu überlegen, weil eine Befragung auch andere Inhalte, wie z.B. eine Herangehensweise, haben könnte.

Der Oberbürgermeister empfiehlt eine prinzipielle Auseinandersetzung mit der

Frage, wann und in welchen Fällen eine Bürgerbefragung durchgeführt werden solle. Die Bürgerbefragung sei kein probates Mittel, was eingesetzt werde, wenn sich die Politik nicht einig werde. Die Thematik sollte seiner Meinung nach auch in die Novellierung der Gemeindeordnung mit einfließen. Er könne dem Antrag zustimmen, allerdings mit einem anderen Akzent, wie z.B. die Rolle der Bürgerbefragung in der Kommunalpolitik überhaupt. Diese Überlegungen sollten in einer Stellungnahme gipfeln, die auch an die Landesregierung weitergegeben werde. Frau Grimm verweist darauf, dass die Fraktion Die Andere unter Großprojekten wichtige und langfristige Entscheidungen verstehe, die das Gesicht der Stadt prägen. Eine Verständigung sollte auch dazu erfolgen wann im Vorfeld eine Bürgerbefragung gemacht werde und wie diese aussehe könne.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, dass seitens der Verwaltung eine Vorschlag für den Beschlusstext erarbeitet und der Fraktion Die Andere zugeleitet werde. Dieser Vorschlag sollte innerhalb der Fraktion diskutiert und mit allen anderen Fraktionen abgestimmt werden. In der nächsten Sitzung des Hauptausschusses könne dann abschließend beraten werden.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

zu 10.1 Städtepartnerschaftsbericht 2006

Vorlage: 06/SVV/1042

Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass anhand der vorliegenden Mitteilungsvorlage nachzuvollziehen sei, dass die Städtepartnerschaften der Landeshauptstadt Potsdam sehr vielfältig seien und auch die Partnerschaft mit Bobigny mit dem im Februar 2007 avisierten neuen Städtepartnerschaftsvertrag wieder mit Leben erfüllt werde. Für 2007 seien vielfältige Aktivitäten geplant. Dies sei aber nur durch die Arbeit und Unterstützung der Bürgervereine möglich, die sich für die Städtepartnerschaften ehrenamtlich engagieren und ohne die das nicht zu realisieren sei. Der Oberbürgermeister spricht diesen Vereinen seinen ausdrücklichen Dank aus.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 10.2 Zuwegung zum Lehnitzsee

aus HA 13.12.2006 - TOP 10.1

Der Oberbürgermeister führt dazu aus, dass er seine Aussage aus der letzten Sitzung des Hauptausschusses revidieren müsse, da seitens der Stadt das betreffende Grundstück nicht verkauft werde. Er bittet Frau Remann, über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Frau Remann verweist darauf, dass der Kommunale Immobilienservice hier das ausführende Organ sei und seitens des Ortsbeirates Neu Fahrland im Februar 2006 eine Zuwegung zum Lehnitzsee gefordert wurde. Daraufhin habe es seitens der Fachverwaltung eine dem entgegenstehende Stellungnahme gegeben und deshalb wurde eine private Nutzung durch einen Pachtvertrag angeboten. Diese Verhandlungen seien bis zur Klärung eingefroren. Ein erster Versuch der Klärung sei gescheitert, ein zweiter Versuch mit dem Ziel einer Kompromisslösung sei geplant. Die Federführung in dieser Angelegenheit habe derzeit das Rechtssamt.

Der Oberbürgermeister betont, dass die Zuwegung zu öffentlichen Gewässern in

Potsdam ein sensibles Thema sei. Für den Lehnitzsee werde es eine Zuwegung, aber keine öffentliche Badestelle geben.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob die Verwaltung vorhabe, den Beschluss der StVV zur Uferwegekonzeption auch auf die neuen Ortsteile „zu legen“. Frau Dr. Schröter meint, dass diese Konzeption mit der Eingemeindung auch für die neuen Ortsteile gelte und danach zu handeln sei. Dies, so der Oberbürgermeister, müsse rechtlich geprüft werden und könnte in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zur Kenntnis gegeben werden. Herr Schubert verweist auf die Erfahrungen mit den Öffnungszeiten bezüglich der ehemaligen Militärbadeanstalt in Golm, die nicht nur positiv seien, da der Zugang sich auf die Öffnungstage beschränke.

zu 10.3 Information zur Baumschutzverordnung aus HA 13.12.2006

Bezugnehmend auf die Diskussion in den letzten Sitzung des Hauptausschusses informiert Frau E. Müller, dass die avisierte Personalentlastung bis dato noch nicht erfolgt sei. Im Weiteren erläutert sie die derzeitige Situation und führt dazu aus, dass 57 % der eingegangenen Anträge in einer zweimonatigen Frist bearbeitet werden. Die restlichen 43 % überschreiten diese Bearbeitungsfrist, weil z.B. Vor-Ort-Termine notwendig seien und bestimmte Angaben zur Antragsbearbeitung eingeholt werden müssen (Baumart, Stammumfang etc.). Oftmals würden die Betroffenen zu den vereinbarten Terminen nicht erscheinen. Darüber hinaus sei festzustellen, dass durch die Eingemeindung die Antragszahl von 442 (2003) auf 972 (2005) und 952 (2006) angestiegen sei. Auf Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob eine Personalaufstockung geplant sei, erwidert Frau E. Müller, dass das Haushaltssicherungskonzept auch für den Personalbereich gelte und sie eine Personalaufstockung nur durch eine Umverteilung der Mitarbeiter erreichen könne. Damit würde „ein Loch gestopft und ein anderes aufgerissen“. Die Frage, ob es Anträge mit einer besonders langen Bearbeitungsdauer gebe, bejaht Frau Müller – ca. 10,1 % der Anträge werde nach 3 Monaten und 7 % nach 6 – 7 Monaten abschließend bearbeitet. Ursache dafür seien die genannten Vor-Ort-Termine oder Ergänzungen, die von den Antragstellern zu erbringen seien.

zu 10.4 Mängelbeseitigung Theater aus HA 08.11.2006

Frau Remann führt dazu aus, dass die Gewährleistungsmängel abgearbeitet seien, bis auf die Steuerung des Luftgeräusches. Hier ist eine Abarbeitung bis zum 31. Januar 2007 zugesagt. Bezüglich der Akustikverbesserung habe es eine erste Auswertung gegeben, in deren Ergebnis drei Vorhanganlagen installiert wurden. Die im Dezember verschobene Probe zur „Silbenverständlichkeit“ sei auf Ende Januar verschoben. Die Liste der Mängel aus Sicht des Behindertenbeirates sei bis auf Nichterkennbarkeit der Treppenstufen für Sehbehinderte und das Behinderten-WC abgearbeitet. Diese beiden Mängel sollen bis zum 03. März behoben sein.

neu Umzug der Eisenhart-Schule

Frau Fischer informiert über den geplanten Umzug der Eisenhart-Schule zur Burgstraße 23a. Dies ergebe sich aus den seit Jahren bekannten Raumproblemen, die am jetzigen Standort in der Kurfürstenstraße mittelfristig nicht lösbar seien und damit das Projekt einer Ganztagschule nicht umzusetzen sei. Die Informationen zur Situation und zum weiteren Vorgehen liegen den Mitgliedern des Hauptausschusses schriftlich vor, welche Frau Fischer im Weiteren erläutert. (Die

schriftliche Information wird dem Protokoll als Anlage beigelegt). Sie kündigt eine Beschlussvorlage der Verwaltung an, mit der der Beschluss der StVV zur integrierten Gesamtentwicklung des Schulstandortes Eisenhart-Schule/Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium (DS 05/SVV/0681) aufgehoben werden soll.

In der sich anschließenden Diskussion bedauert Herr Bretz, dass man sich damit von dem ursprünglichen Gedanken eines Schulcampus in der Kurfürstenstraße verabschiede. Er habe in diesem Zusammenhang die Sorge, dass eine Übereinstimmung der inhaltlichen Ausrichtung der Eisenhart- und der Rosa-Luxemburg-Schule fehle. Er bittet, die Eltern umfassend und zeitnah zu informieren, da es in der Fraktion bereits besorgte Anrufe gegeben habe. Herr Schubert merkt an, dass ein ppp-Modell am Standort der Eisenhart-Schule nun nicht mehr möglich sei. Wichtig seien nun Investitionen am neuen Standort, um ihn in „einen vernünftigen Zustand“ zu bringen.

Frau Fischer antwortet Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Bretz, dass eine gute konzeptionelle Entwicklung beider Schulen ausdrücklich im Interesse des Staatlichen Schulamtes liege. Ebenso werden die Eltern sehr eng mit eingebunden, die an beiden Standorten sehr engagiert seien. Bezüglich der Investitionen sei für 2007 eine malermäßige Instandsetzung vorgesehen und bis 2010 sollen „respektable Ergebnisse in der Sanierung“ erzielt werden. Die geplanten Mittel dafür seien in dem schriftlich ausgereichten Material nachzulesen. Auf die Nachfrage von Herrn Bretz, ob sich die Schulkonferenzen eher kritisch oder eher zustimmend zu diesem Vorschlag geäußert haben, antwortet Frau Fischer, dass die Umsetzung schulinhaltlicher und pädagogischer Fragen Schwerpunkt der Diskussion waren und man zu dem Ergebnis gekommen sei, wenn diese umgesetzt werden sollen, dann gehe es nur auf diesem Weg. Bestandteil der Diskussion war aber auch der für einige Schüler verlängerte Schulweg. Letztlich hätte es jedoch eine Zustimmung für das Vorhaben gegeben.

zu 11 Sonstiges

Frau Dr. Schröter erinnert an ihre Bitte, über den Werdegang bezüglich Werbesatzung für die Innenstadt und die Einbeziehung von Kulturträgern zu berichten, was wiederum nicht erfolgt sei. Frau Fischer verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur am 11.01.07, in dem es dazu eine Berichterstattung geben werde.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, das Thema in die nächste Sitzung des Hauptausschusses aufzunehmen, wenn die Aussagen im Ausschuss für Kultur nicht ausreichend seien.

Frau B. Müller bittet um einen Sachstandsbericht zur Villa Grenzenlos. Auch hier verweist Frau Fischer auf die Sitzung des Ausschusses für Kultur und eine entsprechende Berichterstattung.